

## Konferenzbericht „Parteien und Parteiensystem in jungen Demokratien“ KAS-Demokratiereport 2007

Internationale Fachkonferenz  
Steigenberger Grandhotel Petersberg  
29. bis 30. Januar 2007

---

Der **KAS-Demokratiereport** informiert über den Entwicklungsstand der Demokratie in den mehr als einhundert Partnerländern der Konrad-Adenauer-Stiftung. Nachdem sich die beiden ersten Bände der Bedeutung unabhängiger Medien (*Media and Democracy*, 2005) für den Prozess der Demokratisierung sowie der rechtsstaatlichen Entwicklungen (*Rule of Law*, 2006) in unseren Partnerländern gewidmet haben, stehen im **Demokratiereport 2007** die Entwicklung politischer Parteien und vor allem ihr Beitrag zur Demokratisierung in unseren Partnerländern im Mittelpunkt.

In Vorbereitung des **dritten Bandes** des Demokratiereports, der im Juni 2007 unter dem Titel **Parties and Democracy** erscheinen wird, fand vom 29. bis 30. Januar 2007 die diesjährige Fachkonferenz zum KAS-Demokratiereport auf dem **Petersberg** statt.

In seiner Eröffnungsrede betonte der Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Staatssekretär a.D. **Wilhelm Staudacher**, dass politische Parteien zum Wesen der Demokratie gehörten. Sie nähmen wichtige Integrations-, Rekrutierungs- und Führungsaufgaben wahr. Parteien seien Orte der Wertevermittlung und Bindeglied zwischen der Zivilgesellschaft und den Institutionen des demokratischen Staates. Allerdings zeigten sie in einigen westlichen Demokratien bedenkliche Zerfallserscheinungen und seien in etlichen Partnerländern der Stiftung sowohl programmatisch als auch organisatorisch schwach entwickelt. Die Förderung von demokratischen Parteien sei daher ein zentraler Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Nach einem Grußwort des Ministers für Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein- Westfalen, **Michael Breuer**, MdL, in dem er Beiträge zur Demokratisierung auch in Zeiten der Bedrohung als Beiträge zum Frieden beschrieb, da Demokratien als partizipative, transparente und damit friedliche Regierungssysteme über ein breites Instrumentarium zur Konfliktlösung nach

innen wie nach außen verfügten, diskutierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreter aus der politischen Praxis aus dem In- und Ausland über die Bedeutung politischer Parteien für Demokratie und Demokratisierungsprozesse.

Der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP), Prof. Dr. **Nikolaus Werz**, der die Moderation des ersten Panels übernahm, verwies einleitend darauf, dass man zur Analyse von allgemeinen Demokratie- und speziellen Organisationsdefiziten von Parteien den Blick nicht allein ins Ausland richten müsse. Auch in Deutschland gebe es Globalisierungs-, Modernisierungs- und Transformationsprozesse, vor allem die neuen Bundesländer seien „Transformationsländer“ bzw. „junge Demokratien“. Dort herrschten auch 17 Jahre nach der Wiedervereinigung Vorbehalte gegenüber der Demokratie als Partizipations-, Ordnungs- und Steuerungsmodell und die Parteien in den neuen Ländern zeigten recht deutliche Abweichungen vom – allerdings auch kontinuierlich schwächer werdenden – Organisationsmodell „Volkspartei“ der Parteien in den alten Bundesländern. Dennoch sei in der Entwicklungszusammenarbeit Wahlbeobachtung lange wichtiger gewesen als Parteienförderung. Auch Transitionsforschung und Demokratieindizes haben Parteien als Faktor in der Demokratie bisher vernachlässigt. Der Wert von Parteien und Parteienforschung würde heute in der Wissenschaft aber deutlicher erkannt, die Rolle von Parteien vor dem Hintergrund der weit verbreiteten Politik- und Politikerverdrossenheit in Nord und Süd neu entdeckt. Er schloss mit Giovanni Sartoris Warnung vor der „Demokratie ohne Parteien“, denn „sie ist eine hochgradig chaotische Veranstaltung“.

Der Direktor der Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung, Prof. Dr. **Hans-Joachim Veen**, unterstrich in seinem Einführungsvortrag die normative Bedeutung politischer Parteien für das Funktionieren einer pluralistischen Demokratie. Mit Robert Dahl sprach er dabei von der „Polyarchie“ als Idealtypus, dessen wichtigste Dimensionen Partizipation und Wettbewerb seien. Sein Demokratiebegriff ging dabei von einer freiheitlich verfassten, repräsentativen Demokratie nach westlichem Vorbild, einschließlich Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten aus. Veen betonte, dass es die Art und Weise des Handelns der politischen Parteien sei, die die Demokratie legitimiere. Wenngleich sich oft gesellschaftliche Trends außerhalb der Parteien entwickelten, so hätten sie durch ihre herausgehobene Stellung in den Gestaltungsinstitutionen der Demokratie dort zwar kein Handlungs-, wohl aber ein Antwortmonopol. Veen entwickelte einen idealtypischen Funktionskatalog politischer Parteien. Am Beispiel von Parteien aus mittelosteuropäischen Transformationsländern erläuterte er, dass die Parteien von der Realisierung dieser idealtypischen Funktionen aufgrund unterschiedlicher

Entstehungsgeschichten zum Teil noch weit entfernt seien und heute zunehmend von Seiten nationalistischer und populistischer Kräfte unter Druck gerieten. Er schrieb die Renaissance der Postkommunisten in der Region der Machterprobtheit der Kader zu. Sie verfügten über Erfahrungswerte, die dem jungen Führungspersonal in anderen Parteien nach 50 Jahren Kommunismus fehlen musste. Denn die „neuen Parteien“ seien zu oft bloße Funktionärskörper, Superstrukturen ohne Mitgliederorganisation und nicht komplexe Organismen. Sie dienten lediglich als Agenturen für Wahlkampf und Marketing und seien daher fragil und unterentwickelt. Die ersten „neuen Parteien“ seit der Wende seien bereits wieder untergegangen. Die Anforderungen an die Parteien seien gestiegen, denn sie müssten sich ihre Wählermilieus oft erst schaffen, was ohne Führungswillen, langen Atem und kohärente Kommunikation aber nicht möglich sei. Sie hätten in diesen Ländern allerdings die Funktion der „gatekeeper“ der Demokratie übernommen, eine Rolle, die im Westen gern den Medien zugeschrieben werde. Irgendwo zwischen der traditionellen Massenintegrationspartei und der modernen Massenkommunikationspartei wird sich der dominante und zu favorisierende Parteientypus einpendeln. Nachhaltige Parteienarbeit müsse also Arbeit an der Programmatik und der Mitgliederorganisation sein.

Prof. Dr. **Vladimíra Dvoráková**, Parteienforscherin an der Wirtschaftsuniversität Prag und bis Ende 2006 Vizepräsidentin der Internationalen Vereinigung für Politikwissenschaft (IPSA), betonte die Differenzen in der Strukturierung der Parteiensysteme zwischen mittelosteuropäischen Transformationsländern und etablierten westeuropäischen Staaten. Während in letzteren die Struktur der Parteiensysteme das Ergebnis historisch gewachsener Konfliktlinien sei, die heute an Bedeutung verlören, hätten sich vergleichbare Konfliktlinien in den mittelosteuropäischen Transformationsländern nicht herausbilden können. In der Folge nähmen die Parteien daher eher tagespolitische Fragestellungen („issues“) auf und stünden kaum auf fest gefügten Werten oder langfristig gewachsenen Programmen, so Dvoráková. Folglich seien auch die Bindungen zwischen Parteien und ihren Wählern fragiler als in etablierten westeuropäischen Demokratien, wo sie aber auch seit Jahren schwächer würden. Gleichermaßen als Folge der geringen Wertbindungen der Wähler an Parteien und als Gefahr für die Konsolidierung der Demokratie hob Dvoráková den in Mitteleuropa grassierenden Populismus hervor.

Prof. Dr. **Paul D. Webb**, Herausgeber der internationalen Fachzeitschrift „Party Politics“ und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zum Thema der Fachkonferenz, verwies zunächst auf den hohen Anteil der Veröffentlichungen in „Party Politics“, die sich mit der Parteienentwicklung in Transformationsländern und jungen Demokratien befassen. Die Studien belegten, dass die Parteiendemokratie in

zahlreichen Transformationsländern und jungen Demokratien relativ weit entfernt vom Idealzustand sei, der sich u.a. durch geringe parteipolitische Fragmentierung, hohe Niveaus von Parteiidentifikation und -mitgliederzahlen, und hohe Wahlbeteiligung auszeichne. Während sich Personalisierung und (Medien)Professionalisierung der Parteipolitik in allen Kontinenten als deutlich erkennbarer Trend abzeichne, kämen in Afrika und Südostasien eine hohe Fragmentierung der Parteiensysteme sowie eine geringe bis kaum vorhandene programmatische Fundierung der Parteien als Probleme der Institutionalisierung der Parteiendemokratie hinzu. Die Parteiendemokratien in Lateinamerika seien dagegen etwas gefestigter als die in Mittelosteuropa, wobei einige Parteiensysteme (z.B. Argentinien, Chile, Mexiko) historische Wurzeln bis in die 1930er Jahre aufwiesen, manche auch darüber hinaus. Parteien würden nie mehr in der Lage sein, den Medien gegenüber als politische Informationsmonopolisten aufzutreten. Sie blieben aber sehr wohl für die Demokratie wichtig: „Wo das politische Parteiensystem schwach ist, ist der Griff der Demokratie kraftlos.“

Nachdem auf Panel I die Bedeutung von Parteien für den Prozess der Demokratisierung in Transformationsländern aus Sicht der internationalen Politikwissenschaft diskutiert wurde, standen auf dem von **Judy Dempsey** (International Herald Tribune) moderierten Panel II der Beitrag politischer Parteien zur Etablierung der Demokratie sowie Probleme der Organisations- und Programmentwicklung aus Sicht der Praxis im Vordergrund. Die Vorsitzende der Peruanischen CVP, Dr. **Lourdes Flores Nano**, umriss in ihrem einleitenden Vortrag die Entwicklung der Parteiensysteme lateinamerikanischer Staaten. Nach Flores ließen sich stabile Parteiensysteme (Mexiko, Chile) von destabilisierten Systemen (Argentinien, Kolumbien) sowie instabilen (Bolivien) und populistischen (Venezuela) unterscheiden, wobei ein Zusammenhang zwischen dem Stabilitätsgrad der Parteiensysteme sowie der Stabilität und Qualität der Demokratie bestünde. Ein Problem, das eng mit dem lateinamerikanischen Präsidentialismus verbunden ist, sei, so Flores, der zunehmende Populismus der politischen Spitzenkandidaten, die zunehmend als nationaler Retter auftreten und in den immer teurer werdenden Wahlkämpfen so dargestellt würden. Die Figur des „caudillo“ lebe also fort, sein „messianischer Führungsstil“ verrate eine autoritäre Beziehung zum Staat und verwandle ihn in eine Referendumsdemokratie. Flores betonte den ausgeprägten Mangel an bürgerschaftlicher Erziehung, mithin an politischer Bildung in Wahlvolk und Eliten.

Der Generalsekretär der All India Congress Party, **Digvijaya Singh**, verwies zunächst auf die vergleichsweise hohe Stabilität des indischen Parteiensystems, das bis Mitte der 1990er Jahre von der Congress Party dominiert wurde. Eine der größten Herausforderungen für die größte Demokratie der Erde, in der 670 Mio.

Menschen wahlberechtigt sind, bestünde in der Zunahme des religiösen Fundamentalismus, des Regionalismus und der Personalisierung der Politik. Indiens politisches System litte, so Singh, an diesen Entwicklungen. Eine Folge der zunehmenden Fragmentierung und Regionalisierung des Parteiensystems sei die Notwendigkeit der Koalitionsbildung auf Bundesebene und das Erstarren regionaler Parteien auf der Ebene der Bundesstaaten, weshalb gemeinsam getragene Politiklösungen für das ganze Land schwieriger zu finden wären.

Prof. Dr. **Pawel Śpiewak**, Sejm-Abgeordneter der Bürgerplattform (PO) aus Warschau, beschrieb die hohe Instabilität des polnischen Parteiensystems. Von den einst 20 Parteien im ersten demokratisch gewählten Sejm schrumpfte die Zahl der Parlamentsparteien auf heute sechs, wobei keine Partei aus den ersten drei Legislaturperioden überlebt habe. Auch Solidarnosc sei heute – ebenso wie die einstigen Spitzenvertreter der Demokratiebewegung – marginalisiert. Ebenso wie Flores für Lateinamerika stellte Spiewak für sein Land die zentrale Rolle des Populismus in der Schaffung des öffentlichen Raumes und der öffentlichen Debatte heraus. Es ginge im gegenwärtigen politischen Diskurs in Polen nicht darum, den Anderen zu überzeugen, sondern „den Feind zu zerstören“.

Im Rahmen der Konferenz fand am Abend an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ein öffentlicher Vortrag statt. Dr. h.c. **Mikulaš Dzurinda**, Ministerpräsident a.D. und Vorsitzender der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKÚ) beschrieb nach Begrüßung durch den Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung und Grußworten des Rektors der Universität Bonn, Prof. Dr. **Matthias Winiger**, sowie des Geschäftsführenden Direktors des Instituts für Soziologie und Politische Wissenschaft, Prof. Dr. **Tilman Mayer**, in seinem Vortrag den Prozess der Koalitionsbildung demokratischer Kräfte während der Periode der linkspopulistischen Regierung in der Slowakei. In der parteiübergreifenden Kooperation von Demokraten sah er einen Grund für die Stabilisierung der Demokratie in seinem Land. Ausdrücklich dankte er der Konrad-Adenauer-Stiftung für die langjährige Zusammenarbeit mit der SDKÚ sowie für die Beratungsleistungen nach der Regierungsübernahme. Den Grundsätzen der Stiftung gemäß hätten die zuständigen Auslandsmitarbeiter darauf verwiesen, dass nach einem Wahlerfolg der Erfolg demokratischer Koalitionsbildung davon abhinge, zunächst an das Land, dann an die Partei und zuletzt an Personen zu denken. Dies, so Dzurinda, hätte entscheidend zur Koalitionsbildung und zum Koalitionsfrieden beigetragen und die erfolgreiche Regierungsarbeit ermöglicht. Dzurinda, der von 1998 bis Juli 2006 Ministerpräsident war, erläuterte Eckpunkte seiner Regierungspolitik, die zu einem weit überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum, zu einem erfolgreichen Umbau der slowakischen Wirtschafts- und Sozialordnung auf der einen Seite und zur internationalen

Integration der Slowakei (OECD-Mitglied seit 2000, NATO- und EU-Mitgliedschaft 2004) auf der anderen beitragen.

Am 2. Tag der Konferenz stellten der Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. **Gerhard Wahlers**, sowie Auslandsmitarbeiter der Stiftung erste Befunde des diesjährigen Demokratiereports der Konrad-Adenauer-Stiftung vor. **Timo Grunden** von der Forschungsgruppe „Regieren“ an der Universität Duisburg-Essen, die unter Leitung von Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte an der Erstellung des Fragekatalogs für die Länderstudien mitgewirkt hat, ging zuvor auf die methodische Herangehensweise ein. Der Demokratiereport untersuche Standardindikatoren der Parteienforschung und -entwicklung, wie programmatische Strukturierung und Fragmentierung der Parteiensysteme, Parteienstabilität, Organisationsstrukturen und innerparteiliche Partizipation. Dabei wurde ein qualitativ-beschreibender Zugang gewählt, um eine größere Tiefenschärfe der Fallstudien zu erreichen, sagte Grunden auf dem von Dr. **Hans Dembowski** (Chefredakteur Entwicklung und Zusammenarbeit) moderierten Panel. Dr. Wahlers unterstrich in seinem Beitrag, dass wissenschaftlich erarbeitete Studien dabei helfen würden, Programm-, Organisations- und Demokratiedefizite in den Parteien zu identifizieren. Sie gäben somit wichtige Hinweise für Ansatzpunkte der Beratungsleistungen und die politischen Bildungsprogramme der Konrad-Adenauer-Stiftung im Bereich der internationalen Parteienzusammenarbeit.

Der Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Pretoria, Dr. **Werner Böhler**, sprach über die Entwicklung des African National Congress (ANC) in Südafrika und dessen Defizite als Partei, gemessen am westlichen Parteienideal. Noch immer sei der ANC mehr Befreiungsbewegung denn politische Partei. Die Opposition habe es schwer, sich gegen den absoluten Wahrheitsanspruch des ANC durchzusetzen. Die Parteienzusammenarbeit der KAS in der Republik Südafrika dürfe sich daher nicht auf eine einzige Oppositionspartei beschränken.

Dr. **Colin Dürkop**, Leiter des Regionalprogramms Südostasien, befasste sich in seinem Beitrag mit der Parteienzusammenarbeit in seiner Region und den entsprechenden Maßnahmen der KAS. Er machte deutlich, dass die internationale Vernetzung der politischen Parteien und ihre Zusammenarbeit in regionalen Parteienverbänden der Festigung der Parteiensysteme in der Region wie auch der Entwicklung ihrer Programmatik zuträglich sei. Sie schaffe Vertrauen zwischen den Parteien und ermögliche einen informellen Erfahrungsaustausch über Strukturen und Spitzenpersonal, der schließlich dem gesamten System zugute komme. Diese Form der Kooperation spiegele den Willen zur friedlichen

regionalen Integration in Südostasien (v.a. ASEAN) und darüber hinaus (z.B. East Asian Community) wieder und werde von der KAS aktiv unterstützt.

Der Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko, **Frank Priess**, beschrieb den letzten Präsidentschaftswahlkampf 2006, in dem sich die zeitgenössische Links-Rechts-Polarisierung Lateinamerikas idealtypisch manifestiert habe. Das Wahlverhalten zeige eine deutliche Spaltung des Landes in einen sich z.T. stark entwickelnden Norden mit einer Präferenz für den von Felipe Calderón favorisierten wirtschaftsliberalen Kurs und einen Süden mit noch immer deutlichen Entwicklungshemmnissen, der der Sozial- und Solidaritätsrhetorik von Andrés Manuel Lopez Obrador zuneige. Ton und Stil des Wahlkampfes hätten die Polarisierung nur verschärft, die auch das Votum der weithin als unabhängig gelobten Wahlkommission IFE zugunsten des (knappen) Wahlsiegers Calderón nicht zu überbrücken vermochte, da der unterlegene Lopez Obrador das Ergebnis nicht akzeptiere und weiter die Straße mobilisiere. Bereits die letzten Jahre der Fox-Administration seien von diesem Dualismus geprägt, der sich in einem von der Opposition dominierten Kongress ausdrückte, der zu einer Blockade von Fox' Reformagenda geführt habe. Auch sei die einstige faktische Staatspartei PRI nicht abzuschreiben, spiele sie auf der Ebene der Bundesstaaten noch immer eine herausgehobene Stellung, indem sie in allen Bundesstaaten präsent sei und noch immer die weit überwiegende Mehrheit der Gouverneure stelle. Als notwendigen Bestandteil einer Reform des Regierungssystems nannte Priess v.a. die Abschaffung des Wiederwahlverbots für Präsident und Kongressabgeordnete.

Auf dem von **Uta Thofern** (Deutsche Welle) moderierten Schlusspanel diskutierten vier Politikwissenschaftler aus Deutschland die Frage, ob Demokratie, ihre Werte, Verfahren und Institutionen universell übertragbar sind. Prof. Dr. **Christian Welzel** von der Internationalen Universität Bremen betonte im einleitenden Referat, Demokratie sei ein zutiefst normatives Konzept. Sie sei Normierung eines emanzipatorischen, „bürgerlichen“ Menschenbildes, indem sie die Menschen instand setze, sich selbst zu regieren. Es fuße auf Gleichberechtigung und Entscheidungsfreiheit, speise sich in Gesellschaften historisch aus positiven lebenspraktischen Erfahrungen der sozialen Egalität und individuellen Autonomie (z.B. Landbesitz) und werde durch institutionalisierte Mechanismen von Herrschaftsformung (liberale Abwehrrechte) und -begrenzung (politische Rechte) abgestützt. Die Auswertung von Daten der World Values Survey habe ergeben, dass zwar die Zustimmung zu demokratischen Werten keine Korrelation zu der tatsächlichen Qualität der Regierungsinstitutionen aufweise, sehr wohl korrelierten dagegen das Bekenntnis zu sog. „emanzipatorischen“ Werten (z.B. Gleichberechtigung der Frau) mit der tatsächlichen demokratischen Qualität eines Landes. Es gebe darüber hinaus

sozioökonomische (existentielle Sicherheit, hohe Ressourcenverfügung, also Freiheit von Hunger, Krieg, Bürgerkrieg oder Terror) und kulturelle Faktoren (Bindungsfreiheit, Religion, also Freiheit von Clan- oder Klientelbeziehungen, auch Religionsfreiheit), die emanzipatorische Werte förderten, die wiederum einen Rückfall in die Aristokratie verhinderten. Demokratie sei also auch ein zutiefst kontextabhängiges Konzept. Ohne kompatibles Wertekorsett, d.h. ohne kompatiblen kulturellen/sozioökonomischen Kontext, könne Demokratie nicht gelingen. Er leitete aus diesem Befund ab, dass Demokratieförderung in den Köpfen beginnen müsse. Ohne das entsprechende Menschenbild könne Demokratie nicht funktionieren: Demokratie brauche zwischenmenschliches Vertrauen, das aus individuellem „empowerment“ erwächst und Toleranz schafft.

Dr. habil **Patrick Köllner** vom German Institute for Global and Area Studies in Hamburg (GIGA) forderte, dass Demokratiemessung jenseits der formalen auch die informalen Mechanismen einschließen müsse. Denn nur im Zusammenspiel aller dieser Faktoren arbeite Demokratie, nur so sei mithin eine objektive Demokratiemessung möglich. Er betonte die Legitimität und Universalität des Konzepts der liberalen Demokratie, auf der man bestehen solle. Dennoch sei ein echter Dialog über andere mögliche Herrschaftsformen wünschenswert, der dann aber das Bekenntnis beinhalten müsse, diese alternativen Herrschaftsformen auch als legitim anzuerkennen. Denn der hohe Anspruch liberaler (westlicher) Demokratie lasse sich nicht überall auf der Welt realisieren. Alternative Herrschaftsformen seien ebenfalls stabil und auch effektiv (z.B. Loyalität durch Klientelismus als Umverteilungsmechanismus) – demokratisch allerdings seien sie nicht. Beim Demokratiebegriff dürfe man also keine Kompromisse eingehen.

Prof. Dr. **Nikolaus Werz** von der Universität Rostock konzentrierte sich auf Ausführungen zu Lateinamerika, das er als einen „extremen Westen“ bezeichnete. Mit Mario Vargas Llosa nannte er Lateinamerikaner „Europäer im Exil“. Die Länder der Region seien keine jungen Demokratien, vielmehr wiese die Region die älteste Parteiengeschichte außerhalb Europas auf. Dennoch ließen sich die Etappen der (europäischen) Parteiengeschichte nicht vollständig auf Lateinamerika übertragen. Die „Modernisierung“ sei nicht linear verlaufen, sondern sei immer wieder von Rückschlägen gekennzeichnet gewesen. Militärputsche, Patrimonialismus und Wirtschaftskrisen hätten die Parteienentwicklung immer wieder zurückgeworfen. Auch sehe er eine Rückkehr des „caudillo“, was für das Parteiensystem ebenfalls eine starke Belastung darstelle. Lateinamerika sei heute auch in der Parteienentwicklung eine Region der Ungleichzeitigkeiten, in der hoch stabile Mehrparteiensysteme neben volatilen Vielparteiensystemen koexistierten.



Über den Stand der Demokratie in Sub-Sahara-Afrika sprach Prof. Dr. **Siegmar Schmidt** von der Universität Landau. Kein Staat in Afrika sei derzeit eine konsolidierte Demokratie, obgleich es seit 1989 große Fortschritte gegeben habe und z.T. beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern bestünden. Als Gründe für die demokratischen Defizite nannte er das niedrige Bildungsniveau, hohe Ungleichheit, niedrige ökonomische Performanz, mangelhafte Staatlichkeit, den Neopatrimonialismus („Staat als Beute“) sowie die schwachen Parteiensysteme. Besonders hob er AIDS als Hemmnis für die Entwicklung tragfähiger Demokratien hervor, das er als Haushalts- (Blockierung des Gesundheitswesens, hohe Ressourcenbindung, stark eingeschränkter Spielraum für andere Politikprioritäten) und Personalproblem (hoher Durchseuchungsgrad betrifft in nennenswertem Umfang auch die höher und hoch Qualifizierten) beschrieb. Auch auf Dauer würden sehr viele Staaten in Sub-Sahara-Afrika daher defekte Demokratien bleiben, wenngleich sie ihrer konkreten Qualität weiterhin oszillieren dürften.

Alle Teilnehmer der Konferenz betonten die zentrale Rolle, die Parteien für die Interessenartikulation, Wertevermittlung, gesellschaftliche Entscheidungsfindung, Politikgestaltung, Kandidatenauswahl und politische Führung einnehmen. Sie hoben jedoch auch hervor, dass Parteien und Parteiensysteme in zahlreichen Ländern entweder noch weit vom Zustand der programmatischen und organisatorischen Reife entfernt sind oder sich kontinuierlich von diesem Zustand entfernen. Abnehmende oder von Anfang an kaum vorhandene programmatische Fundierungen, Egoismus, Personalisierung und Populismus wurden übereinstimmend als größte Probleme einer am Gemeinwohl orientierten Parteiendemokratie angesehen.

So stellte der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. **Bernhard Vogel**, in seinem Schlusswort die Frage, ob Parteien eigentlich (noch) die richtigen Adressaten für unsere politische Bildungsarbeit sind. Diese Frage beantwortete Vogel mit einem engagierten Bekenntnis zur Notwendigkeit der Demokratie- und Parteienförderung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Zusammenarbeit mit und die Förderung von demokratisch gesinnten Parteien zähle zu den Schwerpunkten der internationalen Arbeit der KAS, weil demokratische Parteien zwar keine hinreichende aber eine notwendige Voraussetzung für die Konsolidierung der Demokratie als politisches Ordnungsmodell seien. Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung verwies darauf, dass der demokratische Verfassungsstaat und seine Grundlagen in historischer Perspektive ein relativ junges Phänomen seien. Demokratie war und ist in jeder vordemokratischen Gesellschaft einmal neu. Auch in der Bundesrepublik Deutschland konnte sie sich zunächst auch kaum auf langfristig gewachsene Erfahrungen und Traditionen stützen. Ihre erfolgreiche

Konsolidierung hätten wir u.a. den festen demokratischen Überzeugungen der Gründungsväter und -mütter unserer Republik, der auf Aussöhnung, europäische und transatlantische Integration ausgerichteten Politik Konrad Adenauers, seinen erfolgreichen Bemühungen zur Gründung einer ökumenischen christlich-demokratischen Partei, die auf der Grundlage ihrer Werte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung die Soziale Marktwirtschaft zum Grundsatz unserer Wirtschafts- und Sozialordnung entwickelte, zu verdanken. Die Konsolidierung der Demokratie in Deutschland wäre jedoch ohne die Unterstützung durch die westlichen Alliierten, insbesondere der angelsächsischen, niemals möglich gewesen. Nicht unerwähnt bleiben dürfe schließlich auch der Beitrag der deutschen Bildungswerke und politischen Stiftungen zur demokratischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung. Prof. Vogel sagte zum Abschluss der von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufgrund ihrer guten Mischung aus Theorie und Praxis als sehr inspirierend wahrgenommenen Konferenz, dass es das wichtigste Ziel der internationalen politischen Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung sei, den Menschen in den Gast- und Partnerländern der KAS die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu geben. Parteien, die diese Ziele sowie die politischen Grundwerte der Stiftung teilten, seien Partner und politischen Verbündete bei den Bemühungen um eine erfolgreiche Konsolidierung der rechtsstaatlichen Demokratie.

Bisher erschienene Demokratiereporte:

**KAF Democracy Report 2005: Media and Democracy.** Bonn: Bouvier Verlag  
[http://www.kas.de/publikationen/2005/5996\\_dokument.html](http://www.kas.de/publikationen/2005/5996_dokument.html)

**KAF Democracy Report 2006: Rule of Law.** Bonn: Bouvier Verlag  
[http://www.kas.de/publikationen/2006/9396\\_dokument.html](http://www.kas.de/publikationen/2006/9396_dokument.html)

in Kürze erscheinen:

**KAS (Hg.): Parteien und Demokratie.** Konferenzband, Konrad-Adenauer-Stiftung, Erscheinungstermin: Mai 2007

**KAS Democracy Report 2007: Parties and Democracy.** Bonn: Bouvier Verlag, Erscheinungstermin: Juni 2007

Ansprechpartner in der KAS:

Dr. Karsten Grabow, Konrad-Adenauer-Stiftung, HA Internationale Zusammenarbeit, D-10907 Berlin, Tel.: 0049-(0)30-26996-3246, Fax: 0049-(0)30-26996-3555, E-mail: [Karsten.Grabow@kas.de](mailto:Karsten.Grabow@kas.de)